

Verlagort Dresden.

Anzeigenpreise: die Spalte 22 mm breite Zeile 6 Pfg. für Familienanzeigen 5 Pfg.

Für Platzwünsche können wir keine Gewähr leisten.

Sächsische Volkszeitung

Dienstag, 22. Februar 1938

Schriftleitung: Dresden-K., Ballistrasse 17, Fernruf 20711 u. 21012
Geschäftsstelle, Druck und Verlag: Germania-Verlagsgesellschaft
Bismarckstr. 24, u. G. Winkel, Ballistrasse 17, Fernruf 21012,
Postfach: Nr. 1023, Bank: Sächsischer Bankverein Dresden Nr. 94797

Im Falle von höherer Gewalt, Verbot, einleitender Verleumdungen hat der Verlag über Werbungsbeiträge keine Anpreisung, falls die Zeitung in beschränkter Auflage, verpöblich oder nicht erscheint. Erfüllungsort: Dresden.

Eine Bilanz der Sowjet-Diplomatie

Mehr als die Hälfte der Vertreter „liquidiert“

Nur die Juden bleiben

DWA, Berlin, 22. Februar. Der Fall Wubenko hat die Methoden, nach denen Moskau mit seinen diplomatischen Vertretern verfährt, ins greifbare Licht gerückt. Die Liste der in den letzten beiden Jahren auf die verschiedenste Art „liquidierten“ Sowjetbotschafter und -gesandten ist heute zu einem solchen Umfang angeschwollen, daß sich die Frage erhebt: Wozu bleibt von dem alten Bestand der Sowjetdiplomatie überhaupt noch übrig? So ergibt sich, daß von den Ablegungen und Neuerungen mehr als die Hälfte aller Sowjetvertretungen betroffen worden ist, daß aber gerade die entscheidenden Posten, die mit Juden besetzt sind, so gut wie unberührt geblieben sind.

Sämtliche 3. 3. bei den Großmächten beglaubigten Sowjetbotschafter (von Berlin abgesehen, wo der Posten des Sowjetbotschafters 3. 3. unbesetzt ist) sind Juden: in London Walford Steinmann, Paris Surik, Rom Stein, NEW Trojanowski, Tokio Siawaki.

Dieser entscheidende Stamm der jüdischen Sowjetdiplomatie hat die „Säuberungsaktion“ der Auslands-GPU unverändert überstanden, genau so wie der jüdische Außenkommissar Finkelstein-Litwinow sich auf seinem Posten behauptet hat. Die auf die zahlreichen kleinen Gesandtschaftsposten neu ernannten Vertreter sind größtenteils Männer, die für

ihre neuen Stellungen nicht die nötige Vorbildung mitbringen. Sie dürften meist außerstande sein, eine nennenswerte Rolle als Diplomaten zu spielen. So ist die Sowjetdiplomatie jetzt nach der „Säuberung“ erst recht in jüdischen Händen.

Ein neues GPU-Verbrechen in Paris

Oberst Tschimeria ermordet.

Paris, 22. Febr. In Paris ist man in den letzten Tagen einem neuen Verbrechen der GPU auf die Spur gekommen. Seit ungefähr einem Monat wurde der frühere zaristische Oberst Tschimeria vermißt. Jetzt wurde unweit einer Seltene-Brücke bei St. Germain seine Leiche gefunden. Ihre Untersuchung ergab, daß Tschimeria erdrosselt und dann ins Wasser geworfen war.

In seiner Wohnung gefundene Briefe rechtfertigen den Verdacht, daß der ehemalige zaristische Offizier das Opfer eines politischen Mordes gewesen ist. Aus verschiedenen Aufzeichnungen ergibt sich, daß er sich verfolgt fühlte. In den Briefen ist auch auf das Verschwinden des Generals Miller sowie auf eine noch geheimnisvolle Verabredung angedeutet, die Oberst Tschimeria für den 18. Januar hatte. Dieses Datum fällt ungefähr mit dem Zeitpunkt seines Verschwindens zusammen. Tschimeria war nach seiner Flucht aus Sowjetrußland als Kraftfahrzeugfahrer in Paris tätig.

Frankreichs Bevölkerungs-Entwicklung

Zu einer Debatte im französischen Senat

Im französischen Senat hat dieser Tage eine überaus ausführliche Debatte zur Frage der bevölkerungspolitischen Entwicklung in Frankreich stattgefunden. Die Ausführungen, die der Senator Georges Bernot hierüber machte, zeigten mit aller Deutlichkeit, in welchem kritischen Stadium sich heute die bevölkerungspolitische Entwicklung in Frankreich befindet. Überall in Europa haben in den letzten Jahrzehnten ein immer mehr zunehmender Geburtenrückgang eingeleitet, der in besonderem Maße auch Frankreich betraf. Das Bemerkenswerte dabei ist, daß die Verminderung der Geburtenzunahme schon zu einer Zeit einsetzte, als es allen Ländern wirtschaftlich ausgezeichnet ging. Die Gründe für einen Geburtenrückgang liegen tatsächlich keineswegs in erster Linie in einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse des einzelnen, sondern die Gründe hierfür sind vor allen Dingen moralischer, sittlicher und weltanschaulicher Art.

Die Auswirkungen dieser Meinungen und Anschauungen machten sich wie in anderen Ländern auch in Frankreich sehr bald bemerkbar. Hierzu einige Zahlen, die in der Hauptsache dem statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich 1937 entnommen sind, und zwar den dem Jahrbuch des beiliegenden internationalen Uebersichten. Aktuelles Material findet sich weiter in dem Material, das zu dem im August 1937 in Paris stattgefundenen internationalen Kongress „Pour la vie et la famille“ zusammengetragen wurde.

Frankreich hatte im Jahre 1800, auf den heutigen Gebietsstand berechnet, 28,2 Millionen Menschen; bis zum Jahre 1870 stieg die Zahl auf 37,6 Millionen. Im Jahre 1900 betrug die Bevölkerungszahl 40,6 Millionen, und im Jahre 1910 41,47 Millionen. Im Jahre 1930 betrug sie 41,8 Millionen. Die reine Bevölkerungszahl ist also gegenüber dem Jahre 1910 gleichgeblieben. Das Bild ändert sich jedoch sofort, wenn man sich die Geburtenzahl, die Bevölkerung nach Alter und Geschlecht und die Todesfälle ansieht. Bekanntlich drückt sich ja ein Geburtenrückgang in der Gesamtzahl der Bevölkerung nicht sofort aus, da ja die Menschen aus den geurterreicheren Jahrgängen noch leben. In der Zeit von 1800 bis 1870 betrug die durchschnittliche jährliche Bevölkerungszunahme in Frankreich 0,1 Prozent, von 1870 bis 1910 0,24 Prozent und von 1910 bis 1930 0,04 Prozent. Der Geburtenrückgang tritt hier also bereits deutlich in Erscheinung. In absoluten Zahlen drückt sich dies folgendermaßen aus: 1865 betrug die Zahl der Geburten 1,12 Millionen, 1913: 790 000, 1936: 630 000. Gegenüber diesem Geburtenrückgang nahmen die Todesfälle immer mehr zu. Die Zahl der Gestorbenen betrug im Jahre 1936 642 000. Es sind also rd. 12 000 Menschen mehr gestorben als geboren wurden. Im engen Zusammenhang damit steht eine zunehmende Vergrößerung des französischen Volkes. Im Jahre 1911 betrug die Zahl der unter 15 Jahren alten männlichen Personen noch rd. 5 Millionen, 1931 betrug diese Zahl 4,78 Millionen. Demgegenüber erhöhte sich die Zahl der 45 bis unter 65 Jahre alten männlichen Personen von 3,9 Millionen im Jahre 1911 auf 4,3 Millionen im Jahre 1931. Da seit 1931 der Geburtenrückgang weiter zugenommen hat, hat sich natürlich auch die Alterszusammensetzung in verstärktem Maße nach oben verschoben.

Gleichzeitig mit dem Geburtenrückgang setzte die Landflucht ein. Zwischen diesen beiden Tatsachen besteht ein enger Zusammenhang, so daß man auch sagen kann, daß gleichzeitig mit der Landflucht ein Geburtenrückgang erfolgt. In Frankreich kamen im Jahre 1881 auf 100 Personen 63 Landbewohner, im Jahre 1911: 58, im Jahre 1921: 54 und im Jahre 1931 nur noch 28 Landbewohner. Wo ist dieser Menschenstrom geblieben? Er floß natürlich in die Städte. Die Städte nahmen darum auch zahlenmäßig stark zu, wobei auch noch die starke Einwanderung nach Frankreich zu erwähnen ist. Nicht zu vergessen aber die Geburten. Hierfür bietet Paris ein sehr anschauliches Beispiel. Im Jahre 1860 betrug in Paris die Geburtenzahl rd. 51 000, denen rd. 41 200 Todesfälle gegenüberstanden. Im Jahre 1935 betrug die Geburtenzahl 33 000 und die Gestorbenenzahl 34 700, das heißt, es besteht ein Sterbelüberschuß. Diese ganz bedrohliche Entwicklung hat sich für Frankreich auch im Jahre 1937 fortgesetzt. Im ersten Halbjahr 1937 hat die Zahl der Lebendgeborenen wieder um 9000 abgenommen.

Das sind nur einige Zahlen, aus denen hervorgeht, wie bedrohlich die bevölkerungspolitische Lage in Frankreich ist. Würde die Geburten- und Sterbezahlen in den nächsten Jahrzehnten die gleiche bleiben wie im Jahre 1935, so würde im Jahre 1985 Frankreich nur noch 29,8 Millionen Menschen haben. Es wäre nun natürlich falsch, zu sagen, daß diese Entwicklung tatsächlich so erfolgen wird, denn es kann ja auch eine Veränderung eintreten, sie ist ja in anderen Ländern auch Tatsache geworden. Aber für diese Veränderung müssen noch so umfangreiche materielle Hilfsmittel im letzten Endes zur Verfügung stehen. Wenn in der Senatsdebatte der französische Gesundheitsminister erklärt hat, daß Frankreich jährlich für die Unterhaltung der Kinderreichen Familien und die Förderung der Geburten 6246 Millionen Franken ausgeben, und wenn andererseits trotzdem die Zahl der Geburten immer mehr zurückgeht, so geht daraus hervor, daß in erster Linie eben ein Wesenswandel die Vorbedingung

Für die deutsch-polnische Zusammenarbeit

Ämliche Stellungnahme der „Gazeta Polska“ zur Führerrede

„Ein neues, höchst positives Moment“

Warschau, 22. Februar. Die „Gazeta Polska“ veröffentlicht heute eine Stellungnahme zu den Erklärungen des Führers über die deutsch-polnischen Beziehungen, die durch ihre Aufmachung amtlichen Charakter trägt.

Die Erklärungen des Führers über die deutsch-polnischen Beziehungen habe die polnische öffentliche Meinung mit wahrer Befriedigung entgegengenommen. Der Reichshandlert habe noch einmal bestätigt, daß die neue Phase der Beziehungen zwischen den beiden Nationen die Probe bestanden habe. Er habe weiter an die Rolle erinnert, die der autoritäre Entschluß Marschall Piłsudski bei dieser historischen Wende gespielt hat. Man könne kaum bestreiten, daß sich derartige Veränderungen nur dann ereignen und beständige Wirkungen erzielen, wenn an solchen historischen Wendepunkten große Individualitäten wachen, mächtige Männer — nicht nur durch ihren Willen und Charakter, sondern auch durch ihr untrügerisches Gefühl für die Staatsverpflichtung, die in sich die tiefsten Werte des nationalen Instinkts verkörpert — Menschen, die nicht nur gegen den Strom zu schwimmen, sondern die auch dem Strom eine andere Richtung zu geben vermögen.

Weiter erinnert das Blatt daran, welches Aussehen die Erklärung vom 20. Februar 1934 in der Welt hervorrief. Sogar Staatsmänner, die eine Veränderung in den deutsch-polnischen Beziehungen positiv bewerteten, seien nicht sicher gewesen, ob dieses bedeutende Experiment die Probe bestehen werde. Es sei auch nicht weiter verwunderlich, daß sowohl in Polen als auch an anderen Stellen die Danziger Angelegenheiten als eine

für die deutsch-polnischen Beziehungen symptomatische Frage betrachtet würden. Ebenso natürlich sei, daß der Reichshandlert in seiner offenen, aber darum nicht weniger präzisen Erklärung die Danziger Fragen berührt hat. Seine Formulierung, daß der polnische Staat die nationalen Verhältnisse respektiert und die freie Stadt sowie Deutschland die polnischen Rechte, entspreche den polnischen Forderungen und vollkommen einer vernünftigen, objektiven Analyse des Tatbestandes auf diesem Gebiet. Polen hat keinerlei Interesse, die Freiheit des inneren Lebens der deutschen Bevölkerung Danzigs zu beeinträchtigen und stehe auf diesem selbstverständlichen Standpunkt mit derselben Entschiedenheit, mit der es vollen Respekt für seine guten Rechte und Interessen fordert.

Die Rechte Polens seien zum Teil in dem Rechtsstatut der Freien Stadt, zum Teil in zweiseitigen polnisch-Danziger Vereinbarungen festgelegt und betreffen Zollangelegenheiten, den Hafen, Berechtigungen auf dem Gebiete des Verkehrswezens, die Fürsorge über die moralischen und materiellen Interessen der polnischen Minderheit und der polnischen Staatsbürger auf dem Gebiete der Freien Stadt. Um diese und nicht um irgendwelche andere Interessen hämmere sich unerschütterlich die Regierung der Republik Polen, die sich heiner Doktrin verschrieben habe.

Angesichts dieses Tatbestandes werde die Erklärung des Reichshandlert, die die Achtung vor den polnischen Rechten in Danzig zum Ausdruck bringe, als ein neues höchst positives Moment betrachtet, das nicht nur das friedliche Verhältnis zwischen Polen und Deutschland festigt, sondern auch zu einer freundschaftlichen Zusammenarbeit führt.

Zur Anerkennung Mandschukuo sagte „Tokyo Asahi Schimbun“, es sei eine jener großen Entscheidungen in der Geschichte, die die politische Gestaltung im Fernen Osten und damit auch der Welt beeinflussen. Mandschukuo werde mehr als je durch die deutsche Anerkennung international gestützt werden. Die Anerkennung sei ein Geschenk des Führers, und Japan sollte diese anrechte Haltung Deutschlands mit dem Geiste tiefer Freundschaft erwidern, mit einem Geiste, der über nur materielle Interessen hinausgehe. Die Zeitung schließt mit den Worten des Dankes: „Wir drücken unsere aufrichtige Bewunderung aus für die kühne und klare Entscheidung, die der Führer getroffen hat.“

Parlamentsarrest in Washington

Veratung der Anti-Lynch-Vorlage nach wochenlanger Obstruktion verschoben.

Washington, 22. Febr. Auf Antrag des Leiters der demokratischen Senatsgruppe, Bricker, beschloß am Montag der Senat, die Beratung der sogenannten „Anti-Lynch-Vorlage“ bis auf weiteres aufzuschieben, um eine Regierungsvorlage über soziale Hilfsmaßnahmen vorzunehmen. Die Anti-Lynch-Vorlage gilt somit für die laufende Kongresszeitung als erledigt. Die Senatoren aus den Südstaaten, die unter Ausnutzung der parlamentarischen „Redefreiheit“ die Vorlage gegen „Richter Lynch“ seit Beginn der laufenden Kongresszeitung ununterbrochen bekämpften, dürfen sich als Sieger betrachten. Mit zum Teil sehr drastisch anmutenden Methoden, wie unendlichen Reden, Vorlesungen aus dicken Büchern und anderen parlamentarischen „Freiheiten“, erzwangen sie die Zurückziehung der Vorlage.

Mandschukuo wird dem Antikomintern-Abkommen beitreten

Dairen, 22. Februar. (Ostasiendienst des DWA.) Nachdem die mandschurische Presse am Montag nachmittag die Anerkennung Mandschukuo durch Extrablätter gemeldet hatte, nahm sie in den Dienstagmorgensetzungen Stellung zu dem Ereignis, das für die Öffentlichkeit völlig unerwartet und überraschend gekommen ist. In großen Schlagzeilen verkünden die Blätter: „Mandschukuo tritt dem Antikomintern-Abkommen bei.“ Alle Blätter stellen mit Ausdrücken tiefster Dankbarkeit die Anerkennung durch den Führer fest und teilen mit, daß nunmehr auch Mandschukuo als autonomer Staat dem Antikomintern-Abkommen offiziell beitreten werde.

Eine Tat, die dem Weltfrieden dient

Worte des Dankes für die Führerrede in der japanischen Presse
Tokio, 22. Februar. (Ostasiendienst des DWA.) Die Führerrede steht im Mittelpunkt ausführlicher Betrachtungen der Dienstagmorgensetzungen. Alle sind sich in demselben Gedanken einig, daß die Rede des Führers eine Tat sei, die dem Weltfrieden diene.

„Tokyo Asahi Schimbun“ erklärt, die Lage Japans im Fernen Osten sei durch den Führer so klar herausgestellt, daß dem nichts hinzuzufügen sei. Er habe gesagt, was Japan zu sagen wünschte, und zwar klarer und entschiedener, als es kaum ein Japaner hätte ausdrücken können. Auch Ranking gegenüber sei die Haltung Deutschlands nunmehr geklärt. Wenn England Neutralität bewahrt hätte, wäre die Entwicklung des Konfliktes anders verlaufen.